

SEV Nr. 18

Die Zeitung der Gewerkschaft des Verkehrspersonals



Yoshiko Kuwano, SGB

EDITORIAL

Der SGB ist bereit

Giorgio Tuti, Präsident SEV und Vizepräsident SGB



S. 5

Es spricht für unsere Gewerkschaftsbewegung, dass sich für Paul Rechsteiners Nachfolge zwei sehr gute Kandidaten beworben haben. Sowohl Barbara Gysi als auch Pierre-Yves Maillard hatten das ideale Profil, um den SGB zu präsidieren.

Bevor ich auf die künftigen Herausforderungen unseres Dachverbandes eingehe, möchte ich kurz auf Paul Rechsteiners Präsidentschaft zurückblicken. 20 Jahre lang hat er den SGB mit Fingerspitzengefühl, Weitsicht und absoluter Integrität geführt. Er wusste die Politik in den Dienst der Gewerkschaften zu stellen, um die Lebensbedingungen der Beschäftigten und Pensionierten zu verbessern.

Dass der SGB heute ein wichtiger politischer Akteur ist, ist auch Paul Rechsteiners Wirken in den letzten

20 Jahren zu verdanken. Dazu gehörte diesen Sommer sein entschiedenes Nein zur Teilnahme an einem runden Tisch über ein Rahmenabkommen mit der Europäischen Union auf Kosten des Lohnschutzes.

Die Kämpfe, die ich an Paul Rechsteiners Seite ausgefochten habe, gehen mit Pierre-Yves Maillard weiter. In seiner ganzen Wahlkampagne für das SGB-Präsidium hat unser Waadtländer Kollege immer wieder unterstrichen, wie wichtig Gewerkschaftsarbeit bei der Basis und in den Betrieben ist. Diese Botschaft war ihm aufgrund seiner Erfahrung als Gewerkschaftssekretär beim Smuv wichtig. Unermüdlich hat er gewerkschaftliche und politische Kämpfe ausgefochten, die am Samstag am SGB-Kongress zahlreiche Kolleg/innen in Erinnerung riefen.

Der SGB steht vor grossen Aufgaben. Dazu gehören die Durchsetzung

der Lohngleichheit, die Unterstützung des Frauenstreiks vom 14. Juni 2019 und die Verbesserung der Altersvorsorge. Daher will der SGB nächstes Jahr auch eine Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente lancieren, um die Rentensituation der Pensionierten zu verbessern. Der Mitglieder-rückgang und die Digitalisierung der Arbeitswelt sind zwei weitere Herausforderungen für den SGB und seinen frischgewählten Präsidenten.

Dieser hat am Samstag betont, dass die arbeitende Bevölkerung von den Gewerkschaften keine Träumereien erwartet, sondern konkrete Taten. Ich freue mich darauf, mit ihm und den andern Kolleg/innen des SGB-Vorstands und des SGB-Sekretariats die kommenden Herausforderungen anzupacken mit dem Ziel, die Lebens- und Arbeitsbedingungen und die Löhne der Arbeitnehmenden in der Schweiz zu verbessern.

Digitalisierung

Thema an der SEV-Frauentagung und bei der Unterzeichnung des GAV SBB

2 und 3

Mindestlöhne

Kampf für Löhne, die zum Leben reichen, in der Schweiz und in China

4 und 11

Graubünden

ChurBus, EngadinBus und Panoramic Gourmet erhalten neue Firmen-GAV

8

Neue Lokalität für den SEV in Zürich

Das Zürcher SEV-Regionalsekretariat ist umgezogen. Es befindet sich seit dem 1. Dezember im geschichtsträchtigen Volkshaus. Die neue Adresse gilt per sofort:

SEV-Regionalsekretariat Zürich Volkshaus
Stauffacherstrasse 60
8004 Zürich

Ein GAV für den Lago Maggiore

Nach monatelangen, zähen Verhandlungen über einen GAV für die Angestellten der Schifffahrtsgesellschaft Luganersee, die auf dem Lago Maggiore tätig sind, liegt nun ein Vorschlag vor. Diese Ankündigung erfolgte im Laufe der abschliessenden Anhörung vor dem Präsidenten der kantonalen Schlichtungsstelle, Staatsrat Christian Vitta, und vor Vertretern der Schifffahrtsgesellschaft, des SEV, der Unia Tessin und der christlich-sozialen Gewerkschaft OCST. Der neue GAV gilt für die ehemaligen NLM-Angestellten und hat eine Laufzeit von drei Jahren mit Verlängerungsoption.

Nun ist es an den Seeleuten, den Vertrag zu diskutieren und Stellung dazu zu nehmen.

Lösung für den Bau?

Die Delegationen der Gewerkschaften Unia und Syna und des Schweizerischen Baumeisterverbandes (SBV) haben sich nach langen intensiven Verhandlungen auf einen neuen Landesmantelvertrag (LMV) für das Bauhauptgewerbe, die Sicherung der Rente mit 60 sowie Lohnerhöhungen für die kommenden zwei Jahre geeinigt. Die Lösung umfasst die bereits im Verlaufe des Herbstes ausgehandelten Massnahmen zur Sanierung der Stiftung FAR, welche die Rente mit 60 garantiert. Der LMV würde für vier Jahre mit gewissen Verbesserungen auf beiden Seiten abgeschlossen. Das Verhandlungsergebnis beinhaltet eine generelle Erhöhung der Effektivlöhne wie auch der Minimallöhne von je 80 Franken für die Jahre 2019 und 2020. Dieses Verhandlungsergebnis wird nun den jeweiligen Gremien zum Entscheid vorgelegt. Die Berufskonferenzen der Gewerkschaften Unia und Syna finden am 15. Dezember statt. Der neue LMV würde per 1. Januar 2019 in Kraft treten.

BILDUNGSTAGUNG SEV-FRAUEN 2018

Fluch oder Segen?

Chantal Fischer
 chantal.fischer@sev-online.ch

Die Digitalisierung bringt einige Veränderungen mit, sowohl im Arbeits- als auch im Privatleben. Was es damit auf sich hat und wie wir diesen begegnen können, wurde an der diesjährigen Bildungstagung der SEV-Frauen von verschiedenen Seiten beleuchtet. Die Tagung unter dem Titel «Veränderung – Digitalisierung – Flexibilisierung» brachte den rund 120 Teilnehmerinnen interessante Denkanstösse.

Nach der Eröffnung der Tagung durch Lucie Waser, SEV-Gewerkschaftssekretärin Gleichstellung, und der Grussbotschaft von SEV-Vizepräsidentin Barbara Spalinger bringt Professorin Dr. Ute Klotz von der Hochschule Luzern die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse auf den Tisch. Sie zeichnet dabei ein eher düsteres Bild unserer digitalen Zukunft: Der zunehmende Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien wird grosse Auswirkungen haben. Die Berufswelt wird sich grundlegend verändern und es stellt sich die Frage, welche Stellen es künftig noch brauchen wird, wenn Arbeiten immer mehr automatisiert und digitalisiert werden. Die Arbeitskräfte müssen sich auch weiterhin stets weiterbilden. Doch die neuen Lernformen und Themen sind nicht für alle geeignet. Viele werden überfordert sein. Wichtig ist, wie Arbeitgeber und Gesellschaft mit diesen Menschen umgehen.

Problematische Beschäftigungsformen

Neben diesen personellen Auswirkungen hat die Digitalisierung auch wirtschaftliche und strukturelle Folgen. So werden gemäss Forschung neue Geschäftsmodelle entstehen, wie dies beispielsweise bei Uber, Airbnb und FlixBus bereits der Fall ist. Diese Unternehmen basieren zwar nicht auf neuesten Technologien, sie machen sich aber Online-Plattformen und Sharing-Dienste zu Nutzen. Die Verlierer dabei sind die Arbeitnehmenden. «Die neu entstehenden Beschäftigungsformen tun oft richtig weh!», weiss Prof. Klotz. «Arbeiten werden immer mehr in Einzelaufträgen vergeben. Es gibt keine Verträge mehr, und damit auch keine Sozialversicherungsabgaben. Der virtuellen Schwarzarbeit stehen Tür und Tor offen.» Wichtig sind entsprechende Schutzmassnahmen und die Schliessung von Gesetzeslücken. Die Politik hat aber oft wenig Interesse, regulatorische Bestimmungen zu erlassen, oder sie hinkt den Entwicklungen hinterher.

Gewerkschaften sind gefordert

Die unverbindlicheren Beschäftigungsformen lösen für die Angestellten auch grossen Druck aus, sich beweisen zu müssen, und die Angst, den Anforderungen nicht gewachsen zu sein. Auch das steigende Arbeitsvolumen, die schwierige Entgrenzung von Arbeit und Freizeit und der steigende Termindruck haben negative Auswirkungen auf die Gesundheit der Arbeitnehmenden.

Digitalisierung findet statt, ob wir das wollen, oder nicht. Wichtig ist aber, dass die Gewerkschaften sich engagieren, um mitzureden und die Rahmenbedingungen mitzugestalten. «Die gute Nachricht ist, dass der Prozess der Veränderung nicht von heute auf morgen geschieht. Er wird von Menschen gestaltet und braucht Zeit. Hier bieten sich den Gewerkschaften auch Gestaltungsmöglichkeiten», so Prof. Klotz weiter. Mit den veränderten Beschäftigungsformen wird es schwieriger, die Arbeitnehmenden überhaupt zu erreichen – sie arbeiten vielleicht im Homeoffice oder unterwegs – was für die Gewerkschaften eine Herausforderung wird. «Mitgestalten bedingt aber



Der persönliche direkte Austausch kann durch die Digitalisierung nicht ersetzt werden.

auch, mehr über die Digitalisierung und deren Folgen zu wissen. Genau dafür braucht es solche Veranstaltungen wie die heutige Tagung», ergänzt Lucie Waser.

Mitbestimmung: ein Beispiel

Im Anschluss an die wissenschaftlichen Ausführungen zeigt Daniela Lehmann, Koordinatorin Verkehrspolitik, am Beispiel des neuen GAV SBB, wie der SEV das Thema Digitalisierung konkret mitgestaltet.

Nach langen Diskussionen hat die gewerkschaftliche Verhandlungsgemeinschaft erreicht, dass unter anderem das Recht auf Nicht-Erreichbarkeit sowie das Recht auf Informationsstudium während der Arbeitszeit im GAV verankert wird. Auch wurde ein sogenannter Pakt in eine Vereinbarung überführt, die sich der Sicherstellung der Arbeitsmarktfähigkeit im digitalen Wandel annimmt. Neu darin ist der Umgang mit Mitarbeitenden, die diesem digitalen Wandel nicht gewachsen sind. So bietet die SBB (bereits heute) «Anyway-Stellen» als letzte Option an. Damit wird eine Reintegration der betroffenen Personen im Betrieb angestrebt. Die Anzahl Reintegrationsstellen wird im Zuge des neuen GAV von 90 auf mindestens 100 erhöht. Integrationsstellen, bei denen Mitarbeitende ein auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenes Anforderungsprofil erhalten, werden von 100 auf mindestens 120 angehoben. Das Konzept des Boxenstopps – der freiwilligen Standortbestimmung – konnte ebenfalls in diese Vereinbarung integriert werden.

An den Verhandlungen hat sich gezeigt, dass gewisse Themen nicht auf der konkreten Ebene des GAVs ausgehandelt werden können. Die Sozialpartner haben deshalb den «Fonds zur unternehmerischen und sozialpartnerschaftlichen Gestaltung des digitalen Wandels» gegründet (siehe Seite 3).

Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig die Mitwirkung der Gewerkschaften und der Mitglieder ist. Jede und jeder kann mitmachen. So macht Daniela Lehmann den anwesenden Frauen denn auch Mut, sich für GAV-Verhandlungen in ihrem Betrieb zu melden. «Wir brauchen mehr Frauen in den Verhandlungsgemeinschaften!»

Frau sein – ein Balance-Akt

Nach viel Austausch beim gemütlichen Mittagessen geht es mit geballter Frauen-Power weiter. Maya Onken, Tochter der bekannten Julia Onken, erüchert zu Beginn mit ihrer Aussage «Egal wie Sie etwas machen, es ist falsch!» Sie nimmt dabei die ständige Kritik ins Visier, der Frauen unterliegen, und die meistens von anderen Frauen stammt! Maya Onken

bedient sich in ihrem Referat vieler Bilder, die beim Publikum auf grosse Zustimmung stossen. So sei die Frau wie eine chinesische Jongleurin, die mit vielen Tellern auf kleinen Stangen jongliert. «Ab und zu fällt einer zu Boden, die Frau macht sich Vorwürfe. Sie kann nun aber entscheiden, ob sie den Teller anschaut, der am Boden liegt, oder diejenigen, die noch balancieren», regt Maya Onken an.

In der heutigen Zeit mit Digitalisierung und Wandel, der von allen viel Flexibilität abverlangt, seien Frauen noch viel stärker betroffen. Früher waren sie für die drei «Ks» zuständig: Kinder, Küche und Kirche. Bis heute hat sich dies nicht fundamental verändert. Frauen sind auch heute noch hauptsächlich für die Kinder verantwortlich, nicht zuletzt auch aus biologischen Gründen. Auch die Küche oder generell der Haushalt fällt oft mehrheitlich in die Kompetenz der Frauen. Die Kirche ist heute Ehrenämtern oder der Nachbarschaftspflege gewichen, nach wie vor eine Frauendomäne.

Die drei Referate und weitere Informationen sind zu finden unter: sev-online.ch/bildungstagung

Hinzu kommt heute aber noch ein viertes K wie Karriere. «Frauen sind ständig gefordert, müssen sich im Job mehr beweisen als ihre männlichen Kollegen. Sie müssen am Ball bleiben, vor allem auch mit dem digitalen Wandel!», warnt Maya Onken. Doch Frauen gehen oft stiefmütterlich mit ihren eigenen Energie- und ihrer Gesundheit um. «Während Frauen sich um alles mögliche kümmern, gehen sie selbst meist vergessen. Frauen sind Ja-Sagerinnen. Sie müssen lernen, Nein zu sagen. Und zwar ohne Rechtfertigung!» bringt es Maya Onken auf den Punkt. Und sie schliesst ihr Referat mit der Aussage: «Egal wie Sie etwas machen, es ist richtig!»

Analoger Austausch über Digitales

Nach den vielen anregenden Inputs eröffnet Lucie Waser das «World Café» mit sechs verschiedenen Diskussionsstandorten. Der Erfahrungsaustausch und intensive Gespräche stehen dabei im Vordergrund. In den Diskussionen zeigt sich, dass die Digitalisierung Chancen birgt, aber auch Ängste schürt. Wichtig ist den Teilnehmerinnen, dass sie sich auch abgrenzen können und genügend Energie tanken können, um den Herausforderungen der Zukunft entgegenzutreten.

Nach dem statutarischen Teil ist die inspirierende Tagung zu Ende. Die Diskussionen aber werden bestimmt noch weitergehen.

GAV SBB / SBB CARGO

Den Wandel gemeinsam angehen



Der GAV wird unterzeichnet: eine freudige Angelegenheit, doch in Zukunft warten weitere Herausforderungen.

Karin Taglang
karin.taglang@sev-online.ch

Es ist vollbracht: Der neue GAV SBB/SBB Cargo ist unterzeichnet. Bei der formellen Unterzeichnung am 26. November lancierten die Sozialpartner und die SBB ausserdem den schweizweit ersten Digitalisierungsfonds.

«Die Verhandlungen waren kein Sonntagsspaziergang, aber wir waren fähig, im richtigen Moment Hand zu bieten und einen Konsens zu finden.» So lautet das Votum des SEV-Präsidenten Giorgio Tuti zum neuen GAV SBB/SBB Cargo.

Mit der formellen Unterzeichnung des GAV, die am 26. November im SBB-Hauptsitz in Bern stattgefunden hat, geht ein intensives, aber schlussendlich erfolgreiches Verhandlungsjahr zu Ende. Der GAV SBB/SBB Cargo hat nach wie vor eine Leuchtturmfunktion; er ist wegweisend für die GAV vieler anderer Verkehrsbetriebe. Dies betont auch

SEV-Vizepräsident Manuel Avallone, der die Verhandlungsdelegation des Personals geleitet hat: «Es ist uns gelungen, wichtige Errungenschaften beizubehalten. Ich bin froh, dass wir uns gefunden haben, und möchte mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die mitgewirkt haben.» Dazu zählen auch die Mitglieder, die ihre Kampfbereitschaft für ihren GAV mehrfach unter Beweis gestellt haben.

Lancierung des schweizweit ersten Digitalisierungsfonds

Eine neue Klausel im GAV ist das «Recht auf Nicht-Erreichbarkeit». Dass ein solches Recht überhaupt in einem Gesamtarbeitsvertrag verankert werden muss, ist sinnbildlich für die Veränderungen, denen wir im Zuge der Digitalisierung heute schon gegenüberstehen. «Gerade die Trennung zwischen Beruf und Privatleben wird mit der durchgehenden Erreichbarkeit zunehmend schwierig», erklärt Giorgio Tuti. «Doch in naher Zukunft werden wir es mit noch ra-

santeren, permanenten Veränderungen zu tun haben, denen wir auf eine andere Weise begegnen müssen.»

Aus diesem Grund lancierte die SBB zusammen mit den Sozialpartnern anlässlich der GAV-Unterzeichnung den ersten Digitalisierungsfonds in der Schweiz. Mit dem Geld, das durch den Fonds zur Verfügung steht, sollen Studien und Projekte finanziert werden, welche die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt und die Arbeitsplätze der SBB aufzeigen. Auf Basis der Resultate will man zukünftige Rahmenbedingungen gestalten. «Wir können und wollen den technologischen Fortschritt nicht aufhalten. Aber als Sozialpartner ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass nicht die Arbeitnehmenden für die rasanten Veränderungen bezahlen müssen», betont Giorgio Tuti.

Dafür braucht es Schutznormen und Massnahmen, die mit Hilfe des Digitalisierungsfonds erarbeitet werden sollen. Für den SEV liegt der Fokus dabei darauf, mit entsprechen-

den Schulungen und Weiterbildungen die interne wie auch externe Arbeitsmarktfähigkeit der Angestellten zu garantieren. Zudem lösen dezentrale und flexible Arbeitsformen Ängste aus. Der SEV will deshalb sicherstellen, dass die Mitarbeitenden auch in der neuen digitalen Arbeitswelt einen dem GAV gleichwertigen sozialen Schutz erhalten.

Ein Blick in die Zukunft: Die Arbeitswelt von morgen

Als Erstes wird mit dem Digitalisierungsfonds eine Studie durchgeführt, die konkret aufzeigen soll, wie sich die Berufsbilder bei der SBB verändern, wo Arbeitsplätze entstehen oder wegfallen. «Verändern» und «wegfallen» – solche Wörter führen zu Verunsicherung, machen vielleicht sogar Angst. «Diese Angst wollen wir den Mitarbeitenden nehmen», sagt Manuel Avallone. «Das ist auch Aufgabe einer Gewerkschaft.»

Der gemeinsame Digitalisierungsfonds zeigt: Die SBB ist bereit, die Veränderungen sozialpartnerschaft-

lich anzugehen. «Da der Fonds unabhängig von jeglichem Verhandlungsdruck funktioniert, ist ein gewisser Abstand zum Alltäglichen und damit ein objektiver Blick möglich», findet Giorgio Tuti.

Das nächste Kapitel

Am 26. November wurde mit dem Digitalisierungsfonds und dem neuen GAV die Basis für eine Zukunft gelegt, in der die Arbeitnehmenden im digitalen Wandel nicht untergehen. Als Gegenteil zur zunehmenden Technologisierung wird der persönliche, menschliche Kontakt an Bedeutung gewinnen. Engagierte Mitarbeitende werden deshalb auch in Zukunft der wichtigste Faktor eines erfolgreichen öffentlichen Verkehrsunternehmens sein.

«Der Digitalisierungsfonds geht in die richtige Richtung, doch es gibt trotzdem noch viel zu tun», sagt Manuel Avallone zum Schluss. Der frisch unterzeichnete GAV tritt per 1. Mai 2019 in Kraft und läuft für mindestens drei Jahre.

+

-

Der SGB wird alle Bestrebungen, den **Lohnschutz** in der Schweiz zu verschlechtern, vehement bekämpfen, auch mit dem Referendum. Dies betonte der SGB-Kongress am 30. November in einer Resolution. Der Lohnschutz ist Teil der Flankierenden Massnahmen, die auf Druck der Gewerkschaften eingeführt wurden. In der Schweiz müssen Schweizer Löhne bezahlt werden und Schweizer Arbeitsbedingungen gelten. Um die Resolution zu unterstreichen, bildeten die Delegierten auf der Kornhausbrücke in Bern symbolisch eine **rote Linie**, die der Bundesrat nicht überschreiten darf.

Über ein Jahr lang hat die Unia mit dem Verband Schweizerischer Sicherheitsdienstleistungs-Unternehmen (VSSU) verhandelt, um den allgemeinverbindlichen **GAV für die private Sicherheitsbranche** zu erneuern. Dieser läuft Ende Juni 2019 aus. Weil keine substantiellen Massnahmen gegen Lohndumping und gegen die Überschreitung der Wochenarbeitszeit von 50 Stunden erreicht wurden, lehnte die Unia-Branchenkonferenz das Verhandlungsergebnis Ende November einstimmig ab und rief zu Nachverhandlungen auf, um einen vertragslosen Zustand ab Mitte 2019 zu verhindern.



Die SGB-Delegierten (Bild) erhielten Sukkors von Bundespräsident Alain Berset, der in seiner Rede vor dem Kongress betonte: «In der Schweiz müssen Schweizer Löhne bezahlt werden.»

GIORGIO TUTI antwortet

Mobilisierung

Inwiefern hat die Mobilisierung von uns Mitgliedern beim neuen GAV SBB zum Verhandlungserfolg beigetragen?

Ohne das grosse Engagement der Mitglieder wäre dieses gute Resultat niemals zustande gekommen. Und das sage ich nicht einfach so! Der ganze Prozess fing an mit der Umfrage, bei der wir euch nach euren Wünschen und Bedürfnissen gefragt haben. Auf Basis dieser Umfrage sind die Forderungen entstanden, für die wir uns am Verhandlungstisch eingesetzt haben.

Als die SBB ihrerseits Forderungen präsentierte, war die Wut der Angestellten geweckt und gemeinsam skandalisierten wir die Forderungen, die zu dem Zeitpunkt völlig überzogen waren. Es folgten mehrere Flyeraktionen und Flächenbesuche, bei denen die Mitglieder mithalfen, ihre Kolleginnen und Kollegen zu informieren. Mit ihrer Präsenz zeigten sie auch, dass sie sich nicht alles gefallen lassen. In Chiasso gab es eine Salami-Aktion im April, im Mai

verteilten wir in der ganzen Schweiz Goldtaler unter dem Motto: «Mein GAV fällt nicht vom Himmel».

Besonders die Ballonaktion vom 18. Juni machte grossen Eindruck auf die Arbeitgeberseite: Rund 1400 Eisenbahnerinnen und Eisenbahner waren in mehreren Schweizer Städten zusammengekommen und liessen Ballone in die Luft steigen. Mit der Ballonaktion versuchten wir symbolisch, den SBB-CEO Andreas Meyer zu erreichen, der zu der Zeit im Urlaub weilte. Das Medienecho war gross, die Entschlossenheit unserer Mitglieder unübersehbar.

Die erfolgreiche Mobilisierung zeigte Wirkung: Die SBB liess von einigen ihrer übertriebenen Forderungen ab, und uns ist es gelungen, wichtige Errungenschaften zu verteidigen. Dank euch, liebe Mitglieder!

Willst auch du Giorgio oder einem anderen SEV-Geschäftsleitungsmitglied eine Frage stellen? Schreib uns an zeitung@sev-online.ch.

SEV BI DE LÜT

Lieber Cello streichen als Arbeitsplätze



Chantal Fischer
chantal.fischer@sev-online.ch

Die BLS setzt auf ihre Unternehmensfitness und will in den nächsten Jahren bis zu 200 Vollzeitstellen streichen. Das Sparprogramm heisst «Best Way» und stösst auf breite Kritik. Die Mitarbeitenden sind indes verunsichert und wollen Klarheit. Der SEV war am 4. Dezember im Hauptsitz der BLS und hat sich mit ihnen ausgetauscht.

Das Thema bewegt die Mitarbeitenden im Hauptsitz der BLS in Bern sichtlich. Zu wenig konkret sind die Informationen des Unternehmens und zu ungewiss die Zukunft der treuen Mitarbeitenden. Die beiden zuständigen Gewerkschaftssekretäre, Michael Buletti und Stefan Marti, und der Vorstand der VPT-Sektion BLS sind vor Ort – «bi de Lüt» eben. Sie bekommen die Unsicherheiten hautnah mit und führen viele intensive Gespräche.

Um die inakzeptablen Sparmassnahmen zu bekämpfen, braucht der SEV vor allem eines: Mitglieder, die einen anderen Weg einschlagen und mit dem SEV gegen den Abbau antreten. BLS-Mitarbeitende, die bis Ende März 2019 dem SEV beitreten, erhalten die ersten drei Monatsbeiträge ab Beitritt geschenkt. Es lohnt sich!

POSTCOM-MINDESTLOHN

18 Franken 27 reichen nicht zum Leben

Markus Fischer
markus.fischer@sev-online.ch

Der Mindestlohn von 18 Franken 27 pro Stunde, den die Postmarkt-Regulierungsbehörde Postcom im Oktober für die Logistikbranche verfügt hat, liegt unter dem 20-Franken-Mindestlohn des Kantons Neuenburg, den das Bundesgericht als Minimum zum Leben stützte. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die Fairlog-Allianz von SEV, Syndicom und Unia fordern daher eine Korrektur auf mindestens 20 Franken.

Wer zu 100% arbeite, müsse davon leben können, betonte SGB-Präsident Paul Rechsteiner am 23. November an der Medienkonferenz von SGB und Fairlog. «Wer andere für sich arbeiten lässt, muss einen existenzsichernden Lohn zahlen, ohne dass der Staat die zu tiefen Löhne subventionieren muss.» Dieses Prinzip habe das Bundesgericht gestützt, indem es die Beschwerden gegen den Neuenburger Mindestlohn abwies. 20 Franken pro Stunde seien zwar ein tiefer Lohn, doch orientiere sich dieser an den Ergänzungsleistungen zur AHV und IV, begründete das Gericht. Wer erwerbstätig sei, solle nicht Sozialhilfe beanspruchen müssen.

Nicht nur dieses Grundprinzip unterlaufe die Postcom, sondern auch die Berechnungsmethode der Tripartiten Kommission für die flankierenden Massnahmen, erklärte SGB-

Chefökonom Daniel Lampart: Diese berechne anhand von Lohnerhebungen die mittleren 50% der Löhne und definiere die Grenze zu den untersten 25% (Quartil) als Mindestlohn. So wurden z. B. für die Hauswirtschaftsbranche Mindestlöhne festgelegt und zusätzlich nach Ausbildung und Berufserfahrung abgestuft.

Zu tief und undifferenziert

Das statistische Material, das die Arbeitsmarktexperten Yves Flückiger und Roman Graf im Auftrag der Postcom zur Logistikbranche zusammentrugen, hätte nach der üblichen Berechnungsmethode einen Mindestlohn von 22.30 ergeben, fuhr Lampart fort. «Die 18.27 sind wesentlich tiefer als die üblichen Löhne in dieser Branche.» Flückiger und Graf hätten zudem aufgezeigt, dass die Löhne mit der Ausbildung und der Berufserfahrung steigen. Somit wären abgestufte Mindestlöhne nötig.

«Die Postcom unter dem früheren Zürcher CVP-Regierungsrat Hans Hollenstein ignoriert wissenschaftlich fundierte Grundlagen und bewährte Berechnungsgrundlagen», kritisierte Syndicom-Präsident Daniel Mürger. «Sie macht es sich enorm einfach, indem sie den tiefstmöglichen Nenner als Mindestlohn nimmt. Das ist Arbeitsverweigerung und staatlich legitimes Lohndumping.» Die 18.27 seien nicht nur nach oben zu korrigieren, sondern nach Tätigkeiten und Sparten zu differenzieren. «Dieser tiefe Mindestlohn ist ein fatales Zeichen an die

ganze Logistik- und Verkehrsbranche», warnte SEV-Präsident Giorgio Tuti, «denn sie wird die 18.27 künftig bei Verhandlungen als behördlich legitimierte Ausgangslage durchsetzen wollen.»

Online-Händler profitieren von Dumping in Paketversand und Verteilzentren

Daniel Lampart befürchtet, dass Dumpinglöhne in der Postlogistik auch den Druck auf den Detailhandel erhöhen: «Dieser spürt schon heute die Tieflohnkonkurrenz von Online-Anbietern wie Amazon und Zalando. Es droht eine Digitalisierung auf Kosten der Berufstätigen.»

«Dass Zalando den Umsatz in der Schweiz

seit 2012 auf 685 Mio. vervierfachen konnte, basiert auch auf der Ausbeutung der Arbeitnehmenden», sagte Unia-Präsidentin Vania Alleva. Bei den Subunternehmen von Zalando, die in der Schweiz die Retouren bearbeiten, seien Bruttolöhne von 18 oder 19 Franken, Arbeit auf Abruf und enormer Zeitdruck gang und gäbe. In deutschen Verteilzentren zahlt Zalando laut Medienberichten Einstiegsgehälter von 12.79 Euro, Amazon gar von 10.50. Beim Versand arbeiten die Online-Anbieter mit Tochter- und Subunternehmen der deutschen Post DHL zusammen, wo die Löhne und Arbeitsbedingungen mies und in keinem GAV geregelt sind.



Von links: Daniel Mürger, Paul Rechsteiner, Vania Alleva, Giorgio Tuti und Daniel Lampart.

Fairlog-Aktion gegen Essenslieferer Uber Eats

Die Fairlog-Allianz von SEV, Syndicom und Unia für den Logistikbereich hat am 22. November vor McDonald's-Filialen in Bern und Genf gegen die Zusammenarbeit der grössten Fast-Food-Kette der Schweiz mit dem Dumping-Essenslieferer Uber Eats protestiert. Dessen Geschäftsmodell beruht – wie beim Uber-Taxidienst – auf der Ausbeutung von Scheinselbstständigen. Diese arbeiten zu Dumpinglöhnen auf Abruf, erhalten keine Sozialversicherungsbeiträge (Altersvorsorge, Arbeitslosenversicherung) und keinen Auslagenersatz für Arbeitsgeräte. Und sie sind nicht gegen

Unfall versichert, obwohl das Fahren mit Velos und Scootern nicht ungefährlich ist. Fairlog fordert McDonald's auf, selber Kurier/innen anzustellen, damit sie dem Landes-GAV für das Gastgewerbe unterstehen. Der L-GAV garantiert ein ordentliches Anstellungsverhältnis mit Mindestlöhnen, definierten Arbeitszeiten und fünf Wochen Ferien. Die Unia rief in Genf das Departement für Arbeit und Gesundheit auf, Uber Eats auf die Einhaltung des kantonalen Normalarbeitsvertrags zu kontrollieren bezüglich Mindestlöhnen, Sozialversicherungen, Arbeitszeit etc.

56. KONGRESS DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

«Löwe» Pierre-Yves Maillard folgt auf Paul Rechsteiner

Vivian Bologna / Fi
vivian.bologna@sev-online.ch

Nach einem monatelangen Wahlverfahren haben die SGB-Delegierten letzten Samstag gewählt: Pierre-Yves Maillard folgt auf Paul Rechsteiner. Weiter stimmte der SGB-Kongress für den Frauenstreik vom 14. Juni 2019 und für die Lancierung einer Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente.

Am 1. Dezember, dem zweiten Kongresstag, gegen 13 Uhr 15 halten alle Delegierten und Gäste den Atem an, als SGB-Vizepräsident Giorgio Tuti, unser SEV-Präsident, das Resultat der schriftlichen Präsidentschaftswahl verliest: Der Waadtländer Regierungsrat Pierre-Yves Maillard hat 115 Stimmen erhalten, die St. Galler Nationalrätin Barbara Gysi 82 Stimmen – ein Achtungserfolg. Verhaltene Freude auf der einen Seite, Enttäuschung auf der anderen. So blieb der Wahlkampf des hochkarätigen sozialdemokratischen Kandidatenduos bis zuletzt spannend, und niemand verlor das Gesicht.

Unmittelbar nach der Wahl dankt Pierre-Yves Maillard seiner Konkurrentin Barbara Gysi für den sehr korrekten Wahlkampf: «Das Wahlverfahren hat doppelt so lange gedauert wie bei einer Bundesratswahl, und doch hat es nie persönliche Angriffe gegeben.» Die Präsidentin des Personalverbands des Bundes (PVB) erhält eine Standing Ovation. Pierre-Yves Maillard dankt auch einer zweiten Frau: «Christiane Brunner hat mich in die Gewerkschaftswelt eingeführt. Doch die Wahl heute ist keine Belohnung, sondern bringt die Last der Verantwortung mit sich. Denn die Arbeiterinnen und Arbeiter stehen heute unter enormem Druck. Die Wirtschaftsordnung erodiert die Solidarität, die wir verteidigen.» Die Solidarität zwischen Männern und Frauen, zwischen den Regionen.

Zweistündiges Duell

Zwei Stunden zuvor begann das Duell der Kandidaten mit ihren Vorstellungsreferaten. Barbara Gysi unterstrich ihr Engagement für eine gerechtere Verteilung des Reichtums, für ausreichende Löhne für Beschäftigte mit tiefen und mittleren Einkommen und gegen Diskriminierungen beim Lohn. Sie machte sich insbeson-

Ja zum Frauenstreik

Wenig überraschend hat der SGB-Kongress dem Frauenstreik per Akklamation zugestimmt. Rund 50 Delegierte stiegen auf die Bühne und skandierten «Frauenstreik», «Sciopero», «Grève féministe» und erklärten, warum es am 14. Juni 2019 ein starkes Signal für die Lohngleichheit braucht. Sie kritisierten das Parlament, das sich mit einer zahnlosen Minireform des Gleichstellungsgesetzes begnügen will, obwohl die Frauen nun schon seit Jahrzehnten auf die Umsetzung des Gleichstellungsartikels in der Verfassung warten.

Geplant seien facettenreiche Aktionen von Streiks in Betrieben über Solidaritätsaktionen bis zu Kundgebungen, sagten Rednerinnen weiter. Protestiert werden solle nicht nur gegen die ungleichen Löhne für gleichwertige Arbeit, sondern auch gegen die Gewalt an Frauen. Neben der Vorbereitung der Aktionen habe auch schon die Mobilisierung begonnen, etwa bei den jüngsten Märschen gegen sexistische Gewalt. Zum Schluss skandierten die Delegierten «Frauenstreik, macht euch bereit, der 14. Juni ist nicht mehr weit.»



Pierre-Yves Maillard und Barbara Gysi nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

dere auch für eine bessere Anerkennung der unbezahlten Arbeit stark, die noch immer hauptsächlich von Frauen geleistet wird.

Pierre-Yves Maillard sprach auf Deutsch, «weil mich die Romands bereits kennen». Er bilanzierte vor allem seine politische Arbeit im Kanton Waadt und die verschiedenen Massnahmen zur Verbesserung der Haushaltseinkommen: zusätzliche Familienzulage von 300 Franken, Beschränkung der Krankenkassenprämien auf 10 % des Einkommens ab 2019, 20 Tage Vaterchaftsurlaub für die Staatsangestellten.

Die Kandidaten beantworteten auch Fragen der Delegierten, gruppiert nach Themen. Gleich mehrere Fragen betrafen die Umsetzung der Lohngleichheit. Barbara Gysi unterstrich die Bedeutung höherer Löhne und von GAV-Abschlüssen in den Bereichen, wo viele Frauen tätig sind. Pierre-Yves Maillard erinnerte an das konkrete Beispiel von Malika, die vor Gericht Recht bekam, aber ihre Stelle verlor: «Es braucht eine staatliche Lohnkontrolle. Wir dürfen es nicht nur den Opfern überlassen, sich zu verteidigen.»

Was tun, damit die sinkenden Mitgliederzahlen der SGB-Gewerkschaften wieder steigen? «Als Gewerkschafter bin ich in die Betriebe gegangen», sagte Pierre-Yves Maillard. «Die Menschen leben nicht von Träumen, sie wollen konkrete Resultate!» Die Präsidentin des PVB regte an, Frauenthemen noch stärker zu berücksichtigen und in Bereichen, wo viele Frauen geworben werden können, noch verstärkt GAV auszuhandeln, zum Beispiel im Pflegebereich.

Wie die Jungen gewinnen?

Barbara Gysi schlug vor, die Jungen stärker einzubeziehen, damit sie sich aktiver beteiligen

und ihre Meinung vermehrt einbringen. Pierre-Yves Maillard plädierte für eine verstärkte staatliche Unterstützung des Lehrlingswesens, um zu verhindern, dass jene, die mit 15 Jahren die Schule verlassen, in der Sozialhilfe landen.

In der Altersvorsorge bereiten Barbara Gysi vor allem die sinkenden Pensionskassenrenten grosse Sorge. Der Waadtländer kritisierte den technischen Zins als «für den Grossteil der Bevölkerung undurchsichtige Grösse, bei deren Berechnung man den Experten genau auf die Finger schauen muss». Beide befürworteten die Kompromissvorlage «Steuerreform und Finanzierung der AHV» (STAF), vor allem, weil diese der AHV dringend benötigte Zusatzeinnahmen von 2 Milliarden Franken pro Jahr bringen soll. Beide machten sich zudem für eine 13. AHV-Rente stark, Maillard auch für 13 Monatslöhne und fünf Ferienwochen für alle.

Für beide Kandidaten meldeten sich Unterstützer/innen zu Wort. Die einen fanden, es sei höchste Zeit für eine Frau an der SGB-Spitze, nachdem diese bisher stets in Männerhand war, abgesehen von Christiane Brunners Ko-Präsidium. Nicht nur mit Worten, sondern mit Taten müsse der SGB für eine weibliche Zukunft einstehen. Jene, die Pierre-Yves Maillard unterstützten, strichen seine Kämpferqualitäten hervor: «Ein richtiger Löwe, ein Kämpfer.» «Und als Romand vertritt auch er eine Minderheit, die Anrecht auf Vertretung hat: die lateinische Schweiz. 40 % unserer Mitglieder sind französisch- oder italienischsprachig.»

Seitens der SEV-Delegierten hielt AS-Zentralpräsident Peter Käppler fest, dass Pierre-Yves Maillard den SEV-Vorstand mit seiner politischen Intuition und seinem gewerkschaftlichen

Engagement überzeugt habe. Und für VPT-Zentralpräsident Gilbert D'Alessandro «braucht der SGB eine starke Persönlichkeit, egal ob ein Mann oder eine Frau».

Neben Maillard wurden Giorgio Tuti, Präsident SEV, und Vania Alleva, Präsidentin Unia, als Vizes ins SGB-Präsidium gewählt. Und als Nachfolgerin von Aldo Ferrari kam Véronique Polito in den Präsidentschaftsausschuss.

Hommage an Paul Rechsteiner

Noch vor den Wahlen wurde der abtretende Präsident geehrt. Der ehemalige Unia-Koprapäsident Vasco Pedrina lobte Rechsteiners Fähigkeit zum Zuhören und seine Offenheit. «Seit Beginn der 2000er-Jahre sind ein Dutzend Arbeitnehmerorganisationen dem SGB beigetreten, was vorher unvorstellbar war!» Pedrina erinnerte auch an Siege wie beim Referendum gegen die Privatisierung des Elektrizitätsmarktes und an «siegreiche Niederlagen» wie bei der Initiative für einen Mindestlohn von 4000 Franken.

Im Namen des SGB-Präsidentschaftsausschusses betonte Vania Alleva, Paul Rechsteiner habe jede Mitgliedsorganisation respektiert und «eine Welt starker Persönlichkeiten» zu lenken gewusst. «Sogar in schwierigen Momenten hast du unsere Vielfalt als Stärke hervorgegriffen.»

Paul Rechsteiner erhielt auch eine Hommage von Schriftsteller Pedro Lenz. Dieser erinnerte daran, wie Rechsteiner im Kanton St. Gallen für den Ständerat kandidierte, obwohl ihm seine SP kaum Chancen einräumte. «Die Überzeugung ist sein Motor.» Introvers und von protestantischem Charakter, obwohl in einem katholischen Kanton aufgewachsen, sei er 20 Jahre am SGB-Ruder gestanden. Für sein jahrelanges riesiges Engagement wurde Paul Rechsteiner mit einer sehr emotionalen Standing Ovation belohnt.

Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente

Die SGB-Delegierten erteilten dem Vorstand den Auftrag, bis nächsten Frühling eine Initiative für eine 13. AHV-Rente auszuarbeiten mit dem Ziel, die Renteneinbußen in der 2. Säule auszugleichen. Dort sinkt der Rentenanspruch von Jahr zu Jahr, obwohl die Schweiz immer reicher wird und obwohl die Berufstätigen immer höhere Beiträge in ihre Pensionskassen einzahlen. Grund sind die tiefen Zinsen und die Profite der Banken und Versicherungen aus der 2. Säule. Die AHV-Renten hingegen steigen, weil sie an die Teuerung und teilweise an die Lohnentwicklung angepasst werden. Das ist positiv, doch hinken sie hinter den Löhnen her. Zudem fressen die Krankenkassenprämien einen immer grösseren Teil der Rente auf. Immer mehr Rentner/innen sind deshalb auf Ergänzungsleistungen angewiesen. So entfernt sich die Schweiz immer mehr vom Verfassungsziel, wonach Pensionskassen und AHV zusammen «die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise» ermöglichen sollen.

Ein anständiges Rentenniveau können wir in der heutigen Situation nur über eine Stärkung der AHV sichern. Es braucht eine 13. AHV-Rente, so wie es für die meisten Lohnbezüger/innen einen 13. Monatslohn gibt. Das kostet zwar etwas, aber die AHV bleibt für tiefe und mittlere Einkommen dennoch die Altersvorsorge mit dem besten Preis-Leistungsverhältnis. Auch weil sie sehr sozial ist. Bei ihr bekommen 92 % der Arbeitnehmenden mehr Rente als sie einbezahlt haben. SGB

KAPITALEINKOMMEN STÄRKER BESTEUERN

SEV-Jugend unterstützt 99%-Initiative

Markus Fischer
markus.fischer@sev-online.ch

Dieser Zeitung liegt auf Antrag der SEV-Jugendkommission ein Unterschriftenbogen der eidgenössischen Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» – oder «99-Prozent-Initiative» – der Jungsozialist/innen bei. Was will die Initiative? Und warum ist sie der SEV-Jugendkommission wichtig?

Die 99%-Initiative will Kapitaleinkommen bei der Berechnung der Steuern 1,5-mal stärker gewichten als Erwerbseinkommen. Damit wollen die Initiant/innen erreichen, dass die Vermögensverteilung in der Schweiz nicht mehr ungleicher wird wie in den letzten Jahren. Tatsächlich hat das reichste Prozent der Schweizer/innen zwischen 1981 und 2011 seinen Anteil am Gesamtvermögen aller Schweizer/innen von 33,0% auf 40,7% gesteigert, wie der Schweizerische Gewerkschaftsbund 2016 in seinem Verteilungsbericht aufzeigte (siehe Grafik). In absoluten Zahlen stieg das steuerbare Vermögen des reichsten Prozents der Schweizer/innen vom Jahr 2000 bis 2012 von 342 auf 638 Milliarden.

Lohnabhängige erhalten Rendite zurück

Diese Bereicherung der Reichen gehe auf Kosten der Lohnabhängigen, sagen die Initiant/innen: «Die Renditen sind ganz einfach Geld, welches weniger an die Lohnabhängigen ausbezahlt wurde», argumentieren sie unter www.99prozent.ch. Dank der Initiative soll dieses Geld wieder an die Lohnabhängigen zurückfliessen.

Ab wie viel Kapitaleinkommen der höhere Steuersatz erhoben wird, lässt der Initiant/innen 100 000 Franken vor, weil man etwa ab dieser Höhe davon leben kann, ohne zu arbeiten. Um ein solches Kapitaleinkommen zu er-

reichen, ist bei einer Kapitalrendite von 3,33% ein Vermögen von mindestens 3 Mio. Franken nötig. Über ein solches Vermögen verfügten in der Schweiz im Jahr 2013 65 300 Steuerpflichtige, was 1,27% aller Steuerpflichtigen entspricht. Die Initiative würde somit nur etwa 1% der Steuerpflichtigen betreffen und käme den übrigen 99% zugute – daher ihr Name.

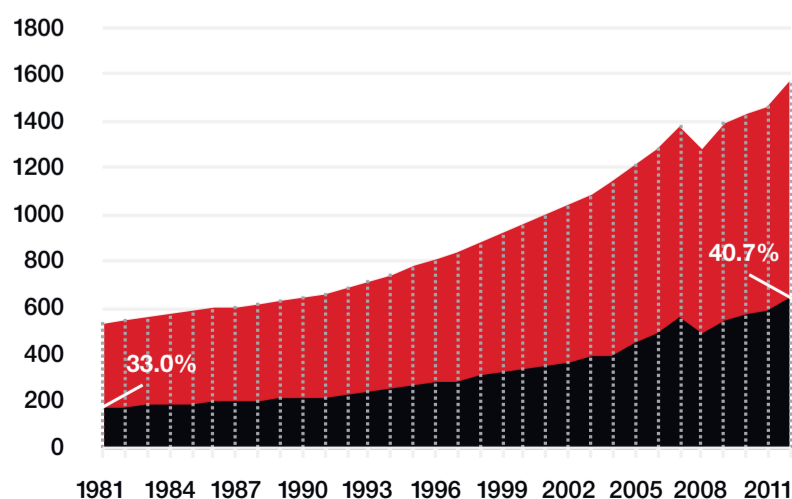
Die grosse Mehrheit der Bevölkerung soll von der Initiative profitieren, indem der Mehrertrag, der sich aus der stärkeren Besteuerung hoher Kapitaleinkommen ergibt, «für die Ermässigung der Besteuerung von Personen mit tiefen oder mittleren Arbeitseinkommen oder für Transferzahlungen zugunsten der sozialen Wohlfahrt» eingesetzt wird, wie es im vorgeschlagenen neuen Verfassungsartikel 142a heisst. Die Initiant/innen wollen mit den zusätzlichen Mitteln insbesondere die Krankenkassenprämien verbilligen.

«Breite Debatte» in der Jugendkommission

Die SEV-Jugendkommission beschloss ihren Antrag an die Geschäftsleitung für die Unterstützung der Unterschriftensammlung «nach einer breiten Debatte demokratisch mit einer Gegenstimme», sagt ihr Mitglied Stefan Bruderer.

Der SBB-Lokführer begründet das Engagement für die Initiative so: «Der Wohlstand der Schweiz beruht auf der Arbeit von Millionen Menschen. Gemeinsam sorgen wir dafür, dass Betagte betreut werden, Züge und Busse pünktlich abfahren, usw. Der gemeinsam erarbeitete Wohlstand ist aber ungleich verteilt. Die Reichen werden immer reicher auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Die 99%-Initiative will das Geld wieder denen zurückgeben, die dafür gearbeitet haben, damit diese etwas mehr Geld zum Leben haben.»

Zwar sind schon 115 000 Unterschriften beisammen, doch ist mit etlichen ungültigen zu rechnen, daher sind weitere sehr willkommen.



Entwicklung des Gesamtvermögens aller Schweizer/innen (in Mia. Franken, rot, inflationsbereinigt) 1981 bis 2011 und des Anteils des reichsten Prozents am Gesamtvermögen (schwarz). Dieser Anteil stieg von 33 auf 40,7%.

SEV-SEKTIONEN TPF

Fusionsprojekt



Die TPF-Zentralisierung in Givisiez zwingt die drei SEV-Sektionen zum Prüfen neuer Wege der Zusammenarbeit.

Yves Sancey / Fi
yves.sancey@sev-online.ch

Die SEV-TPF-Versammlung vom 23. November in Freiburg war mit 80 Teilnehmenden gut besucht. Dies nicht nur, weil alle drei TPF-Sektionen (Réseau urbain, Auto-bus und Rail) gemeinsam dazu eingeladen hatten, sondern auch, weil das Traktandum «Projekt einer Sektionsfusion» interessierte.

Relative Unsicherheit

Zuerst stellten die drei Sektionspräsidenten die Situation in ihren drei Bereichen kurz vor. Dann kam die Reorganisation in Givisiez zur Sprache. Hier wollen die Freiburger Verkehrsbetriebe (TPF) ab 2019 den Unterhalt von Zügen und Bussen, die Freiburger Busdepots und die Administration in einem riesigen Zentrum konzentrieren (siehe

kontakt.sev Nr. 8/2018). Das hat Auswirkungen auf die Arbeitsorganisation und führt in der Übergangsphase zu relativer Unsicherheit. Die Busfahrer/innen haben dazu Forderungen aufgestellt.

Die Reorganisation zwingt auch die Gewerkschaft zum Nachdenken über eine effizientere Funktionsweise, insbesondere weil die Depots des Stadt- und Regionalverkehrs der Region Freiburg zusammengelegt werden. Damit sind getrennte Bussektionen kaum mehr nützlich, sondern für den Zusammenhalt des Personals eher hinderlich.

Mandat an die Präsidenten

Nach ausführlicher Diskussion erteilte die Versammlung den drei Sektionspräsidenten den Auftrag, darüber nachzudenken, wie eine gemeinsame Sektion funktionieren kann, und einen Fusionsvertrag vorzubereiten. Zu regeln gilt es vor

allem die Zusammenlegung der Finanzen, die Vereinheitlichung der Sektionsbeiträge und die Organisation des gemeinsamen Vorstandes.

Transparenz wichtig

Da auch Vorbehalte geussert wurden, kam man überein, dass während des ganzen Fusionsprozesses volle Transparenz garantiert sein muss. Und dass jede Sektion frei ist, die Fusion letztlich doch noch abzulehnen. Weiter wurde ein Zeitplan verabschiedet und das Kartell der drei Sektionen mit der Ausarbeitung eines Projekts beauftragt, über das die Sektionsversammlungen im nächsten Frühling entscheiden sollen. Diese werden auch über die Auflösung ihrer Sektionen entscheiden, bevor eine Fusionsversammlung zusammenkommt. Falls alle Lichter auf Grün stehen, könnte die neue gemeinsame Sektion auf den 1. Juli 2019 gegründet werden.

SABBATICAL

Richtig versichert in die Auszeit

Wir planen nächstes Jahr ein Sabbatical und wollen fünf Monate ins Ausland reisen. Was müssen wir bei den Versicherungen beachten?

Für den Teil des Sabbaticals, den Sie als Ferien beziehen, bleibt der Versicherungsschutz unverändert. Über Ihren Arbeitgeber sind Sie wie bisher gegen Nichtbetriebsunfall und Lohnfortzahlung bei Krankheit und Unfall versichert. Bei der Krankenkasse müssten Sie allenfalls prüfen, ob Sie für den Auslandsaufenthalt eine Ergänzung brauchen. Vergessen Sie nicht, die Versicherungskarte mitzunehmen.

Sodann raten wir Ihnen zu einer Annullations- und Personenassistance-Versicherung, damit Sie bei einem Ausfall oder Abbruch Ihrer Reise eine Entschädigung für die finanziellen Umtriebe erhalten.

Neben einer unerlässlichen Privathaftpflicht- kann auch eine Rechtsschutzversicherung nützlich sein. Prüfen sollten Sie auch, ob Ihre Reiseausrüstung adäquat gegen Diebstahl versichert ist, insbesondere Kamera, Laptops und anderes mehr.

Für den unbezahlten Teil Ihres Urlaubs bleibt die Unfallversicherung Ihres Arbeitgebers zunächst noch 31 Tage bestehen. Darüber hinaus müssen Sie mit dieser eine Abredeversicherung abschliessen. Auch die Krankentaggeldversicherung des Arbeitgebers kann bei vielen Versicherern auf eigene Kosten fortgeführt werden, macht aber unter Umständen wenig Sinn, da Sie ja für diese Zeit eh keinen Lohn beziehen. Allenfalls kann eine separate Krankentaggeldversicherung mit fixem Taggeld eine sinnvolle Ergänzung bieten.

Die AHV-Beiträge entfallen während des unbezahlten Urlaubs. Wichtig ist, dass der Minimalbeitrag für das betreffende Jahr erreicht wird. Er beträgt derzeit 478 Franken für Einzelpersonen und 956 für Ehepaare. Wenn Sie im Kalenderjahr länger als drei Monate unbezahlten Urlaub nehmen, sollten Sie sich bei der AHV-Zweigstelle Ihrer Gemeinde vorgängig als nichterwerbstätig melden. Die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung entfallen ebenfalls. Haben Sie in den letzten 24 Monaten mindestens 12 Monate gearbeitet und Beiträge bezahlt, haben Sie trotzdem Anspruch auf Leistungen, falls Sie nach der Rückkehr arbeitslos sind.

Bei der Pensionskasse kommt es aufs Reglement an. Bei vielen PK kann die berufliche Vorsorge auch während eines Sabbaticals fortgeführt werden. Vor allem beim Risikoteil ist das wichtig, damit die Leistungen aus der 2. Säule im Todesfall oder bei Erwerbsunfähigkeit aufrechterhalten bleiben. Sinnvoll ist allenfalls der Unterbruch der Sparprämie, insbesondere, weil Sie in der Regel auch die Arbeitgeberbeiträge mitbezahlen müssen.

In Partnerschaft mit
helvetia
Ihre Schweizer Versicherung

CHURBUS UND ENGADINBUS

Firmenarbeitsvertrag erneuert



Von links: Ralph Kollegger, Direktor; Barbara Spalinger, Vizepräsidentin SEV; Peter Peyer, Gewerkschaftssekretär SEV; Erwin Rutishauser, Präsident des Verwaltungsrats der Bus + Service AG.

Peter Peyer Die zweite Auflage des Firmenarbeitsvertrages für die Mitarbeitenden des Busbetriebes in Chur und der Tochterunternehmung im Engadin steht. Die beiden Betriebe, die neu unter dem Namen «Bus + Service AG» firmieren und den Nahverkehr in und um Chur sowie im Oberengadin betreiben, haben mit dem SEV den FAV aus dem Jahre 2015 erneuert.

Neben der Abbildung der neuen AZG-Regelungen (kein Zeitzuschlag mehr für Auswärtspausen bis 60 Min.) gab bisher vor allem das Lohnsystem und die zu Grunde liegende Mitarbeiterbeurteilung zu Kritik Anlass. Dem wurde nun

Rechnung getragen. Die Beurteilungskriterien wurden neu formuliert. Sie sind transparenter und für die Mitarbeitenden nachvollziehbar. Daraus leitet sich ebenso nachvollziehbar der Lohnanstieg aufgrund der zur Verfügung stehenden Finanzmittel ab. Um die Vorgaben des AZG zu erfüllen, wurden die Pauschalen für Wegzeiten und Auswärtspausen erhöht. Zudem kommt der Personalkommission in der Dienstplanung stärkeres Gewicht zu, indem sie über Ausnahmeregelungen bei der Dienstplanung wie etwa die Verkürzung von Pausen befinden muss. Weiter wird die Gesamtlohnsumme im Jahre 2019 um

0,8% angehoben. Neu dauert das «Lohnjahr» jeweils vom 1. April bis zum 31. März. So ist gewährleistet, dass beim Mitarbeitergespräch der Jahreslohn für das Folgejahr bereits kommuniziert werden kann.

Aus den konstruktiv verlaufenen Verhandlungen kann das Fazit gezogen werden, dass sich die Sozialpartnerschaft beim ChurBus und beim EngadinBus gefestigt hat. Die Unternehmensleitung ist gewillt, die Mitarbeitenden mit einzubeziehen und mit der Gewerkschaft offen zu diskutieren. Es ist natürlich zu wünschen, dass diese positive Entwicklung weiter anhält. Die Grundlagen dazu sind vorhanden.

PANORAMIC GOURMET AG

«Excellence» erst im Rollmaterial

Peter Peyer Vor zwei Wochen hat die Glacier Express AG, eine Tochtergesellschaft der Rhätischen Bahn AG und der Matterhorn Gotthard Bahn AG, ihr jüngstes Kind vorgestellt: die «Excellence Class», die ab kommenden Frühling zwischen St. Moritz und Zermatt verkehrt. Das Personal in den Glacier-Zügen sowie in den Speisewagen der RhB und bei der Minibar bestellt die Panoramic Gourmet AG, die ehemalige RailGourmino SwissAlps AG.

Doch weder die Umfirmierungen und eine neue Führungscrew noch die exklusiven Angebote können darüber hinwegtäuschen, dass die

Anstellungsbedingungen nach wie vor nicht zu den Spitzenreitern zählen. Immerhin konnte der GAV aber erneuert und für vier weitere Jahre abgeschlossen werden, vorbehaltlich der Zustimmung des Verwaltungsrates und der Mitgliederversammlung beim SEV.

Im Lohnbereich konnten mit der leichten Erhöhung des jährlichen Anstieges und der Umsatzprovision Verbesserungen erreicht werden. Leicht ansteigen wird auch die Zulage bei der Auswärtsübernachtung, gleichzeitig sinken zugunsten der Mitarbeitenden die Essensabzüge. Festangestellte Mitarbeitende

werden in Zukunft neu Anrecht auf ein arbeitsfreies Wochenende pro Kalendermonat haben. Ebenso konnte eine Lösung für die Umsetzung der neuen AZG-Bestimmungen gefunden werden.

Da nur teilweise abgeschätzt werden kann, wie sich diese Änderungen im Alltag auf Löhne und Arbeitszeiten auswirken werden, wird im Frühjahr 2020 eine Zwischenbilanz gezogen, um bei Bedarf Anpassungen vornehmen zu können. So bleibt als Fazit: Die Anstellungsbedingungen sind nach wie vor nicht exzellent, aber es ist wieder ein Schritt vorwärts gegangen.

zutreffend waren, und sind dann still und leise von der Bildfläche verschwunden?

Ich finde nicht, dass Andreas Meyer schlechte Arbeit leistet, aber ich vermisse bei ihm Verständnis, Empathie, Sensibilität und Solidarität zu seinem Personal. Ich erwarte von einem CEO der SBB einfach, dass er eine Vorbildfunktion einnimmt und dass die von ihm ausgesprochenen Regeln auch für ihn selber gelten. Nun, vielleicht ist das heute nicht mehr gefragt, und andere CEOs sind noch viel schlimmer. Aber wieso soll ein CEO der SBB nicht ein gutes Beispiel sein?

LESER/INNENBRIEF

Fragen an Andreas Meyer



Martin Gerber,
Zürich

Am SBB-Pensionierten-Anlass vom 5. Dezember in Wettingen hält Andreas Meyer das Eröffnungsreferat. Da dort kaum Zeit bleiben wird, um ihm gross Fragen zu stellen, möchte ich dies hier tun: Herr Meyer, wes-

halb predigen Sie stets Wasser und trinken selber Wein? Uns Pensionierten wurde der Railcheck gestrichen, aber Sie verzichten auf keinen roten Rappen ihrer unanständig hohen Boni ... Herr Meyer, wieso haben Sie in aller Öffentlichkeit dem SEV unterstellt, Forderungen zum GAV gestellt zu haben, die so nicht

VPT RHB, PENSIONIERTE

Blick in die Zukunft mit Renato Fasciati

Felix Murk An der Generalversammlung (GV) in Thuisis nahmen 48 Mitglieder teil. Die GV ist jährlich der Tag, an dem man sich trifft und sie ist ein wichtiger Teil des Pensioniertenalltags, gibt es doch immer Themen, über die man rege diskutieren kann.

Die GV wurde mit den ordentlichen Traktanden eröffnet. Im Vorstand erfolgten wegen Rücktritten Änderungen. Das Gremium wird ab 2019 auf fünf Vorstandsmitglieder reduziert. Calvin Bäder und Anna Schmid traten per November 2018 aus dem Gruppenvorstand SEV-VPT aus. Die eine vakante Position wurde mit Hanspeter Trepp, ehemaliger Präsident VPT RhB besetzt. Zu Ehren der im Vereinsjahr 2017/18 verstorbenen 14 Mitglieder legte die Versammlung eine Gedenkminute ein. Im kurz verfassten Jahresbericht streifte Obmann Felix Murk das verfllossene Jahr. Mit der Branchentagung Pensionierte Mitte März starteten auch die Aktivitäten der Gruppe. Die Sommerreise führte via Toggenburg-Schwägälp auf den Säntis zum Mittagessen und über Appenzell-Altstätten zurück ins Graubünden. Emil Strub orientierte kurz über den Stand der Jubiläumsfeier «100 Jahre SEV» im 2019. Er ist Mitglied des OK. Das Traktandum Ehrungen war auch dieses Jahr von der Abgabe vieler SEV-Diplome geprägt. Herzliche Gratulation und danke für die Treue zum SEV. Der Kassenbericht wurde einstimmig angenommen. Das Ver-

mögen sieht wieder rosiger aus. Die Sektion zählte am Tag der GV 262 Mitglieder. Diese Zahl bewegt sich stets zwischen 260 und 300 Mitgliedern. Wir sind bestrebt, möglichst viele Mitglieder für unsere Gruppe zu gewinnen. Hinweis für Neupensionierte: Meldet euch bei der Gruppe VPT.

Peter Peyer meldete sich letztmals in seiner Funktion als Gewerkschaftssekretär mit einigen Infos aus dem SEV. Er bedankte sich bei den Versammelten für die schönen kameradschaftlichen Jahre. Mit Applaus und einem Präsent verabschiedeten wir unseren langjährigen SEV-Sekretär Peter Peyer. Alles Gute für die schwierige Aufgabe als Regierungsrat des Kantons Graubünden.

Das spannende Referat von RhB-Direktor Renato Fasciati über die Digitalisierung, die Infrastruktur, das Rollmaterial und den Fahrplan der künftigen RhB zog die gesamte Pensioniertenschar in den Bann. Es war spürbar, dass hier etwas Grosses heranwächst. Zu erkennen war, dass Renato Fasciati ein richtiger RhBler geworden ist. Die RhB liegt ihm am Herzen, so wie uns Pensionierten auch. Nach dem Referat waren die Versammelten gefordert. Sie durften Fragen stellen und diskutieren. Leider kam dieser Teil ein wenig zu kurz. In der Hoffnung, dass in Zukunft nicht allzu viel gespart wird auf dem Buckel der Angestellten, wurde die GV 2018 mit einem riesigen Applaus geschlossen.

PV FRIBOURG

«Adieu Monsieur le Président»

Jacques Zulauff An der Herbstversammlung in Léchelles nahmen über 100 Personen teil. Die Sektion zählt aktuell 308 Mitglieder. Seit der Frühjahrsversammlung gab es 14 Todesfälle, 12 Neueintritte und einen Übertritt. Nach 10 Jahren als Sektionspräsident tritt Jean-Pierre Neuhaus zurück. Sein Nachfolger Daniel Trolliet beschrieb seinen beruflichen Werdegang: verschiedene Tätigkeiten bei der SBB, Gewerkschaftssekretär SEV, Stadtpräsident von Avenches, Grossrat und Mitglied im SBB-Verwaltungsrat.

PV-Zentralpräsident Roland Schwager und Vizepräsident Jean-Pierre Genevey informierten über Aktuelles aus der Gewerkschafts- und Bahnwelt. Nächstes Jahr erhalten auch die Pensionierten der SBB den Swisspass, versehen mit einem Hologramm für Rabatte in den Personalrestaurants und bei der Bahngastronomie.

Mitglieder mit 75 Jahren SEV-Treue wurden mit einem Andenken geehrt, jene mit 40, 50, 60 und 70 Jahren erhielten ein Diplom. Jean-Pierre Neuhaus würdigte die Arbeit von Eveline Lambert, die 15 Jahre lang kranke Sektionsmitglieder besuchte und dieses Amt Ende Jahr



Hochverdienter Applaus für Eveline Lambert und Jean-Pierre Neuhaus.

abgibt. Bis sich ein/e Nachfolger/in findet, nimmt sich Thérèse Ribotel der Krankenbesuche an. Vizepräsident Jean-Michel Gendre verabschiedete Jean-Pierre Neuhaus. Dieser hat die Sektion meisterhaft geführt und grosse Aufgaben gelöst wie die Revision des Geschäftsreglementes und die Organisation der 100-Jahr-Feier der Sektion.

Der Jahresausflug 2019 findet am 18. Juni statt und führt in den Neuenburger und Berner Jura. Zum Schluss teilte Josette Baechler mit, dass die SERV/ATCS-Sektion Fribourg ihre Aktivitäten provisorisch weiterführt.

UNTERVERBAND RPV

Ein Arbeitsortwechsel wegen Reorganisation ist demotivierend

Medienstelle RPV Der Zentralausschuss traf sich zur ordentlichen Sitzung in Buchs. Über die Aktualitäten informierte Zentralpräsident Hanspeter Eggenberger. Viel Neues gab es von SBB Cargo zu berichten. Gemäss Newslettern läuft das Planungs- und Dispositionssystem Caros beim Lokpersonal gut, die Feedbacks werden laufend bearbeitet.

Im Rahmen des Automationsprojektes von SBB Cargo wird die Eignung der automatischen Kupplung an Güterwagen ab Januar 2019 im KV-Binnennetz in einem Pilotbetrieb erprobt. Es werden auch zwölf Re420 sowie zehn Am843 mit der sogenannten Hybridkupplung

ausgerüstet. Diese Fahrzeuge können sowohl Wagen mit automatischer Kupplung wie auch Wagen mit herkömmlichen Schraubekupplungen befördern.

Die Gesamtzufriedenheit der Kunden bei SBB Cargo konnte leicht verbessert werden. Dabei wurden die Qualitätsmerkmale mehrheitlich wieder besser wahrgenommen. Die Transportabwicklung hat sich positiv entwickelt.

Die Marktansprache für eine Partnerschaft mit SBB Cargo hat diverse Interessenten aus dem In- und Ausland angezogen. Cargo möchte bis Ende 2019 Marktteilnehmer und/oder Grosskunden für eine Minderheitsbeteiligung gewinnen.

Der SBB Personenverkehr hat eine weitere Reorganisation angekündigt. 400 Mitarbeitende müssen den Arbeitsort wechseln. Das ist für sie keine Motivationsspritze. Es besteht die Gefahr, dass Mitarbeitende abspringen und mit ihnen Know-how verloren geht. Die SBB unterläuft damit das eigene Ziel, die Qualität zu steigern.

Die Daten für die Zentralausschusssitzungen 2019 wurden angepasst. Der Rückblick auf die Präsidentenkonferenz verlief positiv. Ein berührender Moment an diesem Anlass war, als der erkrankte Präsident der Sektion Aarau vorbei kam und mit uns ein paar Stunden verbrachte.

Mathias Schmid Rund 70 Mitglieder nahmen an der Herbstversammlung teil. Die Sektionsgeschäfte gaben kaum zu reden. Im Vorstand tritt Corinne Lussi die Nachfolge des zurücktretenden Kassiers Rolf Feier an. Mathias Sterchi und Hanspeter Roos treten ebenfalls zurück. Martin Demisch und Peter Käppler wurden für 40 Jahre SEV-Mitgliedschaft geehrt.

Zu reden gab aber das Projekt Weiterentwicklung Personenverkehr (WEP): Das Personal wird fast genötigt, sich innert kürzester Frist auf neue Stellen zu bewerben. Dies ist weder seriös noch professionell! Es sind nämlich genau die Stellen, bei denen Arbeitsorte und -inhalte noch immer unklar sind. Die Versammlung erarbeitete denn auch eine Protestnote an die SBB.

Casper Selg, ehemaliger Radiojournalist und Korrespondent, zeigte in einem eindrücklichen Referat die Umwälzungen im Medienbereich auf. Der Einfluss der neuen Medien wie Internet und Socialmedia, Abwanderung der Werbeeinnahmen ins Internet (vorwiegend ins Ausland) sind der Vielfalt an Information nicht zuträglich. Auch etablierte Zeitungen stehen so immer unter Finanzdruck. Der Zwang zur Rationalisierung steigt, Zusammenschlüsse oder Kooperationen sind alltäglich. Die Vielfalt der Meinungsbildung nimmt ab, da die Meinung eines Redaktors in mehreren Zeitungen erscheint. Die Filterblasen des Internets, in die wir durch Google und Co. gesteuert werden, tun ein Übriges dazu.

Für die Gesellschaft wird die Frage, wie eine gute und vielfältige Meinungsbildung erreicht werden kann, eine grosse Herausforderung.

ZPV REGIONALVERSAMMLUNG MITTE

Heisse Diskussion über späte Einteilung



Thomas Walther informierte aus der Personalkommission VM Fläche.

Nicole Gomes Die Regionalversammlung Mitte, organisiert von der ZPV-Sektion Zentralschweiz, fand am 15. November in Arth Goldau statt. Die Versammlung war mit 41 Gästen sehr gut besucht. Als Ehrengäste waren Jürg Hurni, Gewerkschaftssekretär SEV, Andreas Menet, Zentralpräsident SEV-ZPV, und Thomas Walther, Präsident Peko VM Fläche geladen.

Dank grossem Einsatz an der Ballon-Aktion, dem Bericht im Fernsehen sowie dem Tragen des Pins waren die Verhandlungen für den GAV SBB/SBB Cargo ein Erfolg. Das hat auch gezeigt, dass der SEV mobilisierungsfähig ist, so Jürg Hurni. Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die Revision des AZG und die Anpassungen von

Lohn und Zulagen wurden fallengelassen. Der neue GAV ist nun für drei Jahre unterzeichnet. Thomas Walther informierte aus der Peko, dass betreffend der Sprachbefähigung eine gute Regelung gefunden wurde. Mitarbeitende, die vom Regionalverkehr zum Fernverkehr wechseln, haben Anrecht auf 1840 Franken oder 240 Stunden als Gutschrift für das Erlernen der Sprache. Wie die Mitarbeitenden das beziehen wollen, liegt bei jedem einzelnen Betroffenen selber, der Betrag erscheint auf dem Lohnausweis. Bei der Deltaschulung hingegen ist noch viel Verbesserung nötig. Es wäre sinnvoll, wenn der Sprachnachweis erst nach der Deltaschulung erbracht werden müsste, da der Druck einfach zu gross ist. Bei der Digitalisierung wird in Zukunft eine Reduktion auf zwei bis drei Plattformen angestrebt. Im Sopre-Web sind Vereinfachungen geplant. Wichtig ist, dass der PSN gilt, die anderen Angaben gelten lediglich als Richtwerte.

Es folgte eine heisse Diskussion über die späte Einteilung. Die Probleme sind der Planung bekannt, aber leider gibt es noch keine Lösungen. FX- und SX-Regeln stehen neu in den Bereichsspezifischen Arbeitszeitregelungen (BAR), wie Andreas Menet sagte.

Danach folgte ein Apéro und feines Essen, herzlichen Dank dem Gotthard-Team. Beim gemütlichen Beisammensein fand ein reger Austausch statt und es gab viele glückliche Tombola-Gewinner/innen.

AS BERN

Das Projekt WEP gibt zu reden



Casper Selg zeigt die Umwälzungen im Medienbereich auf.

PV LUZERN

Schlusswanderung Giswil-Sachsels

René Wolf 34 Kolleginnen und Kollegen fuhren mit der Zentralbahn nach Giswil. Im Hotel Bahnhof Giswil konnten sie sich bei Kaffee und Gipfeli stärken. Anschliessend wanderten sie unter der Leitung von Trudi Jutzi zum Sarnersee und diesem entlang zum Gasthof Bahnhof in Sachsels. Dort trafen sie noch auf 20 Kolleg/innen, die direkt von Luzern nach Sachsels gefahren waren.

Nach einem feinen Mittagessen kam Emil Knöpfel zum Zuge. Er

präsentierte wie gewohnt mit einer eindrücklichen Diashow die diesjährigen Wanderungen sowie die Wanderwoche in Zell am See.

Präsident René Wolf bedankte sich bei Emil Knöpfel und der Hauptfotografin Julitta Stössel sowie weiteren Fotografen für die schönen Fotos. Er wies noch auf die anstehende Adventsfeier hin. Zum Abschluss dankte er Trudi Jutzi und Walter Lerch für die Leitung der Schlusswanderung und wünschte allen eine gute Heimkehr.

ANZEIGE



Zeitschrift «Frauenfragen» 2018: Das Private ist politisch

Vom Landesstreik 1918 bis zum Marsch nach Bern 1969, von der Neuen Frauenbewegung ab 1968 über den Frauenstreik 1991 bis zur Demonstration für Lohngleichheit 2018: Frauen machen seit jeher Politik und kämpfen für ihre Rechte. Die neue Nummer der Fachzeitschrift der Eidg. Kommission für Frauenfragen EKF fragt nach den Motiven von Aktivistinnen, ihren Aktionsformen und Zielen. Fachartikel, Porträts, Interviews und viele historische Bilder zeigen: **Das Private ist politisch!**

Heft jetzt kostenlos bestellen: www.frauenkommission.ch
→ Publikationen → Fachzeitschrift «Frauenfragen»

70 JAHRE MENSCHENRECHTE

Ein Lohn, der zum Leben reicht



Simone Wassmann,
Kampagnenleiterin **Faire Arbeit, Solidar Suisse**
(bis 2011 «Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH»)

Arbeiter/innen, die in chinesischen Fabriken Pfannen für den Schweizer Markt herstellen, kommen nur mit massiven Überstunden auf einen angemessenen Lohn.

Ohne angemessenen Lohn kein menschenwürdiges Leben. Im heutigen Wirtschaftsmodell, das die Produktion vieler Güter in Länder mit tieferen Löhnen auslagert, gehört das Thema ganz oben auf die Agenda von Solidar Suisse.

Extreme Überstunden

«Made in China» steht auf den meisten Pfannen in Schweizer Läden. Sie kosten oft nicht mehr als 30 Franken. 2016 hat Solidar Suisse in einer investigativen Recherche die prekären Arbeitsbedingungen in chinesischen Pfannenfabriken aufgedeckt.

Tiefstlöhne sind an der Tagesordnung. So sind FabrikarbeiterInnen gezwungen, «freiwillig» exzessive Überstunden zu leisten – elf Stunden täglich am Fliessband, damit der Lohn zum Leben reicht. Das Phänomen ist in China weit verbreitet: Die Fabriken bezahlen zwar den staatlich vorgeschriebenen Mindestlohn, doch davon kann keine Einzelperson leben – geschweige denn eine ganze Familie. Eine erneute verdeckte Recherche von 2018 zeigt: Hinschauen nützt. Die Löhne sind deutlich höher als zwei Jahre zuvor. Trotzdem ist die Pfannenindustrie noch immer weit entfernt davon, existenzsichernde Löhne zu bezahlen.

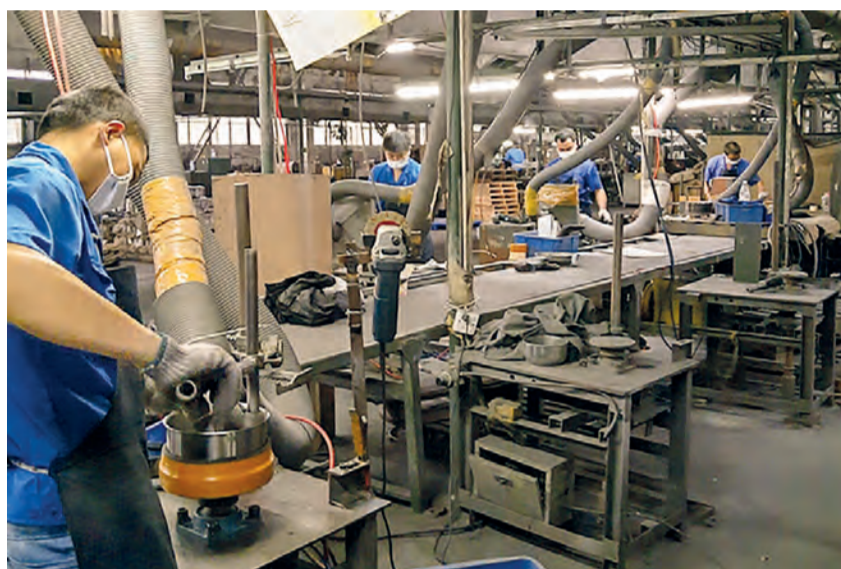
Starke Lohnschwankungen

Im Durchschnitt verdienen die Arbeiter/innen in den 2018 untersuchten Fabriken 4000 Renminbi (umgerechnet 570 Franken) pro Monat, während es 2016 noch ungefähr 3000 Renminbi waren (425 Franken). Das reicht gerade zum Überleben. Doch nur dank vieler Überstun-

den. Sie machen mehr als die Hälfte des Einkommens aus – der ordentliche Lohn für eine 40-Stunden-Woche beträgt nämlich gerade mal 250 Franken, was leicht über dem Mindestlohn liegt. In der wirtschaftlichen Hochburg Guangdong in Süchina, wo die Pfannen produziert werden, braucht eine dreiköpfige Familie laut der Hongkonger NGO Worker Empowerment jedoch rund 1000 Franken, um überleben zu können. Die meisten Arbeiter/innen unterstützen ausserdem ihre Eltern mit mindestens 140 Franken pro Monat, da die staatliche Altersvorsorge noch immer rudimentär ist. Bei zwei Einkommen pro Haushalt, was dem Normalfall entspricht, müsste der Lohn ohne Überstunden etwa 500 Franken betragen. Die realen Löhne sind also weit davon entfernt, existenzsichernd zu sein, obwohl bereits in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 festgehalten ist: «Jeder Mensch, der arbeitet, hat das Recht auf angemessene und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert.»

Schweizer Pfannenabnehmer müssen ausreichende Preise bezahlen

Solidar Suisse fordert deshalb, dass ein Lohn auch ohne Überstunden die Grundbedürfnisse einer Familie abdecken muss. Um dies zu erreichen, müssten die Arbeiter/innen in den Pfannenfabriken in China also mindestens das Doppelte verdienen. Es ist daher entscheidend, dass die Abnehmer den Fabriken ausreichende Preise zahlen und darauf achten, dass dies auch an die Arbeiter/innen weitergegeben wird. Dafür setzt sich Solidar Suisse bei Schweizer Unternehmen ein.



Ein Arbeiter poliert eine Pfanne in der Fabrik Xinhui Ri Xing, die unter anderen die Schweizer Unternehmen Ikea und Kuhn Rikon beliefert.



SWING VOTE

Eric Roset

Genf, 17. Oktober 2018: Am Ende des zweiten Streiktags versammeln sich die Maurer vor der Genfer Sektion des Schweizerischen Baumeisterverbands und verabschieden eine Streikankündigung für den Folgemonat für den Fall, dass die Verhandlungen stocken. Am 3. Dezember einigen

sich Gewerkschaften und Arbeitgeber auf eine Lösung, die die Pensionierung mit 60 beibehält, doch müssen noch die Gremien darüber entscheiden (siehe Seite 2). Eric Roset fotografiert besonders Gemeinschaften von Fahrenden und Genfer Gewerkschaftskämpfe: www.eric-rosset.ch/

?

PHOTOMYSTÈRE

Hier endet
eine Bahnlinie:
Wo ist das?



So nehmen Sie teil: Senden Sie uns die Lösung, Ihren Namen und Ihre Adresse bis **Mittwoch, 12. Dezember 2018**

Per E-Mail: mystere@sev-online.ch
Im Internet: www.sev-online.ch/quiz
Per Postkarte: SEV, Quiz, Postfach, 3000 Bern 6

Unter den Teilnehmenden mit der richtigen Antwort verlosen wir **Reka-Checks im Wert von 40 Franken**. Wer gewonnen hat und die richtige Lösung publizieren wir in der nächsten Ausgabe. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt.

Lösung Ausgabe 17: Das Bild zeigte den Bahnhof Bern. Den Büchergutschein im Wert von 40 Franken gewonnen hat **Ricardo Dias Roque, Kerzers, Mitglied ZPV Bern.**

AUF DEN SPUREN VON ...

Martine Paccard, «Voltigeuse» bei den TPG



Martine Paccard fährt Busse und Trams, Tag und Nacht. Gerne hätte sie geregelte Arbeitszeiten.

Yves Sancey / pmo
yves.sancey@sev-online.ch

Ihr Herz schlägt für Freiheit und Solidarität. Und so hat sich die Bus- und Tramführerin Martine Paccard den Weg freigekämpft, um ihren fünf Kindern eine Zukunft zu bieten und sich für ihre Kolleginnen und Kollegen einzusetzen.

Martine Paccard wirkt unscheinbar. Sie spricht leise und einfach. Gewiss bemerkt man ihre schwarzen Haare, die grossen Ohrringe und den intensiven Blick, und man spürt viel Überzeugung und Bestimmung in ihr. «Wenn wir in Verhandlungen mit der Direktion der Genfer Verkehrsbetriebe TPG sind, wo sie als Tram- und Busfahrerin arbeitet und Vorstandsmitglied des SEV-TPG ist, nimmt man sie erst kaum wahr», sagt Gewerkschaftssekretärin Valérie Solano. «Aber wenn der Moment gekommen ist und sie eine Schwachstelle entdeckt, ergreift sie das Wort. Ihre Argumente überzeugen. Sie erklärt, weshalb es fast unmöglich ist, das Familien- und Sozialleben zu organisieren, wenn man seinen Dienstplan erst vier Tage im Voraus erfährt.»

In den zehn Jahren, die sie bei den TPG arbeitet, war sie fast immer eine sogenannte «Voltigeuse», eine Springerin, die keinen festen Dienstplan hat, sondern Lücken füllt, die durch den Ausfall kranker Kollegen entstehen. Ihr wurde versprochen, das sei vorübergehend. Einige Jahre am Anfang, danach werde es sicher ... Die Jahre vergingen, ohne dass sich etwas änderte. Martine wehrt sich weiter. Sie hat schon anderes durchgemacht, und es gibt heute nicht mehr viel, das sie beeindrucken kann.

Mit gutem Beispiel voran

Dazu muss man wissen, dass sie Gesetze übertreten musste, um dahin zu kommen, wo sie heute ist. Ungeschriebene, aber nicht weniger gewichtige Gesetze. Die Gesetze der Fahrenden, zu denen sie gehört, und die es nicht gerne sehen, wenn eine Frau nach dem Tod ihres Mannes wieder heiratet, arbeitet und sich engagiert: «Ich war wohl etwas zur Rebellin veranlagt. Denn es gab Dinge, die ich nicht mehr akzeptieren konnte. Ich war die Frau im Haus. Ich hatte zu schweigen. Dagegen habe ich gekämpft. Eines Tages bin ich aufgestanden und habe mir gesagt, dass sich mein Leben ändern muss. Ich habe mich von meinem zweiten Mann getrennt und darauf gepfiffen, was man dazu sagt. Ich habe meine fünf Kinder genommen und bin gegangen. Ich wollte arbeiten, um ihnen ein gutes Beispiel zu sein und ih-

nen die Möglichkeit zu geben, einen anderen Weg zu gehen.» Sie leugnet ihre Herkunft nicht, will sich aber nur deren gute Seiten bewahren: eine gewisse Freiheit, den Respekt für die Vorfahren, die Festessen. «Ich lebe heute sesshaft, aber das bleibt in mir drin. Das ist in meinem Blut, in meinem Kopf. Da ist mein Stolz. Da sind meine Wurzeln,» sagt sie.

Der Schlüssel zu einem neuen Leben

Der Anfang ist schwierig. Alleine, ohne den Halt ihrer Gemeinschaft, ohne Beruf und Arbeit lebt sie in zwei Wohnwagen ohne Wasser und Strom. Mit zwei Töchtern und drei Söhnen, für die sie sorgen muss. Per Zufall sieht sie in einer Zeitung eine Stellenanzeige der Verkehrsbetriebe. Bus zu fahren scheint ihr leicht, schliesslich ist sie mit Lastwagen, Wohnwagen und Anhängern vertraut. Sie verschafft sich den Schlüssel zum neuen Leben: den Fahrausweis. So wird sie 2005 Busfahrerin in Annemasse. Oft kreuzt sie Fahrzeuge der TPG, wenn ihre Linie die Grenze überquert. Nach der Kündigung in Frankreich bewirbt sie sich in Genf und wird auf den 1. April 2008 angestellt.

Wie alle Neuen beginnt sie als Springerin. Mit steigendem Dienstalter hofft sie auf ein etwas geregelteres Leben. Tatsächlich kommt sie bald in den Schichtplan, muss aber nehmen, was frei ist: Arbeit fast jedes Wochenende, Feierabend um 1 Uhr nachts, dann 22 Uhr, 18 Uhr, 14 Uhr. Sie muss auf die Hilfe ihrer ältesten Tochter zählen. Martine will sich im Betrieb weiter entwickeln, macht den Tramausweis für mehr Abwechslung. Aber es bewegt sich wenig und sie wird wieder Springerin, ohne Wünsche zu den Arbeitszeiten anbringen zu können. «Als Berufsfrau und Mutter ist es sehr schwierig, sich zu organisieren. Die TPG müssen aufhören, die Einsätze zu flexibilisieren, sondern eine Lösung finden, die uns ein geregeltes Leben ermöglicht!»

Die Gewerkschaft, eine Männerwelt mit 10% Frauen bei den TPG, schreckt sie anfänglich eher ab. Ein Kollege drängt sie zum Mitmachen, macht ihr Lust auf den Einsatz. «So bin ich auf den gewerkschaftlichen Weg gekommen. Sehr prägend war für mich unser Streik im November 2014. Ich habe dabei intensive zwischenmenschliche Erfahrungen gemacht. Die Solidarität, der Moment, als meine Kollegen ihre Ängste überwunden und die Kraft der Gemeinschaft erfahren haben, bleibt tief in mir verankert. Ich kann nur betonen, wie wichtig es ist, dass eine Gewerkschaft sich vor Ort einsetzt, und dass unsere Kolleginnen und Kollegen mit dabei sind.» Mit dem Einsatz im SEV schaffte sie sich eine zweite Familie: «Mein Sozialleben ist hier.»

DERWEILEN IM ZUG ...

Maou



Infolge eines Angriffs auf einen Zugbegleiter ist unser Zug auf unbestimmte Dauer blockiert...



Wie, auf unbestimmte Zeit?!



Ein Angriff? Das ist doch gewalttätig...!

Es gibt hier Leute, die es eilig haben!